

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Saden- & Comp. Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauspost: Geb. Arnhold, Dresden und Sch. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Vorstadt und Dresden-Altsadt

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn in der 46. Woche vom 29. September bis 8. Oktober 2300000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 4500000 M. Einzelnummer 4000000 M. — M.

Schriftleitung: Bettendorferplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bettendorferplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schließelzahl. Grundpreise: die 29 mm breite Komparselzeile 135 M., die 90 mm breite Melamezeile 500 M., für auswärtige Anzeigen 150 und 560 M. Schließelzahl: 50000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Prop. Rabatt. Für Briefverbreitung 2000000 M.

Nr. 230

Dresden, Dienstag den 2. Oktober 1923

34. Jahrg.

Regierungskrise

Verchiebung der Reichstags-Sitzung — Stresemanns Bedingungen — Die Deutsche Volkspartei fordert Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung

m. Berlin, 2. Oktober. (Sig. Draht.) Die Reichstags-Sitzung ist vorläufig auf 7 Uhr abends verschoben worden. Es ist sehr fraglich, ob sie heute stattfinden wird. Die Parteiführer waren heute beim Reichskanzler und werden ihre Antwort auf Grund der Fraktionsbeschlüsse bis heute abend 7 Uhr erteilen. Es haben sich innerpolitische Schwierigkeiten ergeben, so daß der Kanzler für sein Verbleiben gewisse Bedingungen in außen- und innenpolitischer Hinsicht gestellt hat. Zu den innenpolitischen Forderungen gehört ein allgemeines Ermächtigungsgesetz, (sowohl hinsichtlich der Proklamation, als auch nach finanzieller Seite (Steuer- und Devisenbeschlagnahme), ferner hinsichtlich der Erhöhung der Produktion (Arbeits-Stunden) und hinsichtlich der Kartellierung (Ausschließung der Trusts) der Wirtschaftverbände. In außenpolitischer Hinsicht verlangt Stresemann die restlose Gleichbehandlung der französischen Forderungen. Die Verhandlungen mit Frankreich und Belgien sind nach der gestrigen Ausrufung mit den Westmächten als abgeschlossen zu bezeichnen. Frankreichs Forderungen enthalten: 1. den Treueid der deutschen Beamten, gegenüber der Entente, 2. Ausgewiesene werden nicht wieder eingestellt, 3. zugelassen sind für das Ruhrgebiet nur gebliebene Arbeitskräfte, 4. von den 180 000 Beamten werden im Höchstfalle nur 30 000 wieder eingestellt. Diese Forderungen glaubt Stresemann nicht annehmen zu können.

Die Parteien nehmen heute nachmittags zu dem Programm Stresemanns Stellung. Von ihrer Auffassung wird es abhängen, ob Stresemann heute abend noch demissioniert. Die Volkspartei wünscht den Eintritt der Deutschnationalen in das Kabinett und ferner einen Personalwechsel in den Ministerien. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß es sich um die Befestigung Silberbergs und Rabbachs handelt. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie steht noch aus.

Berlin und München

Das Reichskabinett befaßte sich am Montag nachmittags erneut mit der allgemeinen politischen Lage. Vor allem wurde die Regierungserklärung, die der Reichskanzler am Dienstag vor dem Reichstage abgeben will, vorbereitet. In dieser Erklärung wird Dr. Stresemann auf der widerrechtlichen Ausnahmezustand in Bayern Bezug nehmen. Vorläufig hat man von der Absicht, ein Schreiben an die bayerische Regierung zu richten, in dem die Reichsregierung Klagelegt wird, aus bestimmten politischen Gründen abgesehen.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienstag schreibt dazu: Es ist zu begreifen, wenn die Regierung das Verhältnis zwischen Bayern und dem Reich nicht als über Kopf fährt. Zweifellos beginnt der Stern des Herrn Kahr bereits rechtlich zu sinken und es scheint schon jetzt sicher, daß er in dem Kampfe mit Hitler der Unterlegene ist. Aber wir bleiben trotz aller taktischen Vorzügen, die man nicht außer acht lassen soll, der Auffassung, daß die Regierung zur Klärung der Lage mehr hätte tun können, als bisher geschehen ist. Der Deutschnationalen Beobachter ist von Herrn Gehler verboten. Die Wirkung? Er benutzt die von amtlicher Seite für ihn gemachte Klame, um neben dem Abendblatt auch noch den Versuch mit der Existenz einer Morgenzeitung zu

machen. Nachdem einmal der Befehl gegeben ist und gewissermaßen auch die persönliche und politische Ehre des Reichswehrministers engagiert wurde, sollte endlich der Beweis geliefert werden, daß die Reichsregierung stärker ist als der bürgerliche Beobachter. Warum ist eigentlich Herr v. Loffow mit der vollziehenden Gewalt beauftragt worden? Entweder durch den Reichswehrminister Befehl und läßt sie dann auch durchführen, oder aber er versichert von vornherein auf Anordnungen, an die er später selbst nicht mehr zu glauben scheint.

Faschistenputsch in Rüstrein

Die amtlichen Nachrichten der Militärbehörden lauten: Berlin, 1. Oktober. (Amtlich.) Nationalkommunistische (?) Gruppen versuchten heute früh Rüstrein zu überrumpeln und brachten in die militärisch nicht besetzte Altstadt ein. Der Kommandant von Rüstrein hat ihren Führer festgenommen. Die Garzonen, der Verstärkungen aus den benachbarten Reichswehrregimenten ausgeführt werden, hat Auftrag, die Ordnung mit rücksichtslosem Einsatz aller Mittel wieder vollständig herzustellen.

Berlin, 1. Oktober. In Rüstrein kam es bei einem Entschloßensein der Aufständischen zur Befreiung der im Zeughause eingeschlossenen Aufständischen unternehmen, zu kurzen Feuergefechten. Die Aufständischen haben Verluste an Toten und Verwundeten. Bei der Reichswehr sind bisher keine Verluste gemeldet. Am Abend waren die Aufständischen im Zeughause von der Außenwelt völlig abgeschlossen. Die Entwaffnungssaktion ist eingeleitet. Die Überführung der Umgebungen von Rüstrein ist im Gange. Der Einsatz der auf Rüstrein in Marsch gesetzten Verstärkungen ist nur zum geringen Teil notwendig geworden. Die Umgehung ist durch Reichswehr und Polizei streng überwacht.

Gehinderte Berichterstattung

Folgender Befehl des Reichswehrministers ist an die Wehrkreis-Kommandos ergangen:

Um Verunsicherungen der Bevölkerung durch Verbreitung ungeprüfter Gerüchte zu vermeiden, befehle ich: Heber Unruhen im unbestimmten Reichsgebiet dürfen von der Presse keinerlei Nachrichten außer amtlichen Mitteilungen der Militärbehörden verbreitet werden. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. September 1923 bestraft.

Der Reichswehrminister, Dr. Gehler, Vorstehendes wird zur Kenntnis gebracht.

Der Militärbefehlshaber, Gen. Müller, Generalleutnant.

Damit ist die freie Berichterstattung über Unruhen und Angriffe der Faschisten, Nationalisten usw. im Reich aufgehoben. Alle in der Presse erscheinenden Nachrichten darüber sind lediglich amtliche, von den Militärbehörden zugelassene Veröffentlichungen. Das mögen von nun an unsere Leser, insbesondere unsere Parteigenossen, bei Beurteilung der Nachrichten beachten.

Loffow und Kahr

In diesen Tagen wollte eine Abordnung bayerischer Parteigenossen in Berlin, weshalb der Vorwärts Gelegenheit hatte, den Genossen Kuer über die bayerische Situation zu befragen. Der Führer der bayerischen Sozialdemokratie erklärte:

„Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn unsere Freunde im Reich und besonders in Berlin und in Sachsen, sich einer ebenso vorläufigen wie gefährlichen Nervosität hingäben, die mit in München nicht empfinden, obgleich wir wohl am ehesten dazu Veranlassung haben könnten. Aber gerade der außerordentlichen Ernst der Lage gebietet uns allen, fähigen Kopf zu bewahren. Das einzige, was ich bedaure, ist, daß die Reichsregierung nicht 24 Stunden früher, also gleichzeitig mit dem Beschluß der Einsetzung des passiven Widerstandes, den Ausnahmezustand für das ganze Reichsgebiet von sich aus verfügte. Damit wäre man der bayerischen Verfügung subvertieren und hätte man den ganzen Konflikt vermeiden, der sich jetzt aus dem Bestehen zweier Ausnahmeverordnungen nebeneinander ergibt. Aber zu rückwärtigen Betrachtungen ist nun keine Zeit mehr.“

Die Reichsregierung ist jedenfalls ganz klar: Bezugsfähig ist General v. Loffow der Oberbefehlshaber in Bayern und Herr v. Kahr hat ihm zu gehören. Wäher hat Kahr in drei Fällen versucht, gegen die Weisungen des Generals zu handeln, und dann jedesmal der Durchführung glatt nachgegeben. Zunächst bei den 14 Hitler-Versammlungen, die er am Donnerstagabend, nach der Verfügung des bayerischen Ausnahmezustandes, gestattet hatte, und die er nach der Bekanntgabe des Reichs Ausnahmezustandes wieder verbieten mußte. Das gleiche tat er mit den bereits genehmigten Koch- & Versammlungen. Was den bayerischen Beobachter durch den Reichswehrminister in Erscheinung treten. Hier ist Kahr vor aller Welt vor der Reichsautorität zum Vorkommen gekommen. Außerhalb Bayerns ist man sich vielleicht dessen nicht bewußt, wie sehr sich damit Kahr im eigenen Lager verhasst hat. Sein Kinsicht als Diktator verleiht immer mehr. Man frage sich an, über ihn zu spotten, und das ist das schärfste, was einem Diktator passieren kann. Die Rivalitäten zwischen den

einzelnen Köpfen der bayerischen Reaktion vertiefen sich infolgedessen von Stunde zu Stunde. Es wäre töricht, wenn wir diese Entwicklung durchkreuzten.

Wahrscheinlich ist es die Pflicht des Reiches, kraft seines verfassungsmäßigen Rechtes den gegenwärtigen unhaltbaren Zustand der beiden Ausnahmezustände aus der Welt zu schaffen. Rechtlich besteht der bayerische Ausnahmezustand gar nicht mehr. Er hat mit der Verkündung des Reichs Ausnahmezustandes automatisch aufgehört zu existieren. Deshalb wäre es verfehlt, wenn das Reich ihn aufheben würde: was nicht besteht, hebt man nicht auf. Um so notwendiger ist es aber, die bayerische Regierung dazu zu zwingen, diesen Zustand formell und praktisch anzuerkennen. Das kann zunächst durch Verhandlungen von Regierung zu Regierung geschehen, und es kann selbstverständlich keine Rede davon sein, daß das Reich nur einen Fußbreit von seiner geradeen Rechtslinie abweicht. Auch muß man jeden Versuch der Verhinderung sofort durchkreuzen. Diese Verhandlungen sind, wie ich hier, bereits im Gange. Wir in Bayern warten ihr Ergebnis ohne Nervosität ab. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Reich ein Scheitern, also den offenen Konflikt und den Bruch, nicht zu fürchten braucht. Aber was wir vermeiden wissen möchten, das wäre ein Festgriff, der die ganze, in ihren persönlichen Ambitionen und politischen Zielen durchaus uneinige Gesellschaft mit einem Schlag zusammenführen würde.“

„Und wenn es zum Bruche kommt, was halten Sie von der Reichswehr?“

„Man kann natürlich den ganzen Fragentempel der Reichswehr, besonders der bayerischen, nicht mit zwei Sätzen beantworten. Aber nach meinen bisherigen Wahnehmungen glaube ich versichern zu können, daß General v. Loffow durchs durchs überführbar und loyal ist, und daß er jedem Befehl des Oberbefehlshabers Gehör rüchthilich nachkommen wird. Auch halte ich ein Verbündeten der Reichswehr in Neusch und Vogen, wie es allerdings in manchen Kreisen der Partei üblich geworden ist, in dieser Zeit für höchst bedenklich und verfehlt. Wir haben in sie und in den Reichspräsidenten das Vertrauen, daß sie den richtigen Weg

einschlagen werden. Das ist auch die allgemeine Auffassung unter Genossen in München und Bayern. Wir drücken kennen der haben“ und sind daher durch die Ereignisse in keiner Weise überrascht worden. Von einem Gefühl, daß wir im Stiche gelassen werden, kann bei uns keine Rede sein. Auf die Hausjurungen bei der Münchner Post und im Gewerkschaftshaus und auf die Waffenbeschlagnahme waren wir gefaßt. Wir nehmen den Verlust der zwei Maschinengewehre ebenso wenig tragisch, wie die verfehlte Auflösung unserer Sicherheitsabteilungen. Für uns gilt eben die Parole, die gerade Herr v. Kahr bei der Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren ausgab: „Man kann uns wohl den Körper nehmen, doch der Geist wird sich behaupten!“

Es ist angenehm, vom Genossen Kuer zu hören, daß unter bayerischen Genossen trotz aller Gefahren ruhige Nerven gehalten. Aber uns scheint doch, daß Genosse Kuer die Situation optimistischer beurteilt als andre bayerische Genossen. Verschiedene Meinungen unserer bayerischen Parteiführer sprechen ebenso gegen Kurers Auffassung wie die Tatsachen. Genosse Kuer hätte z. B. auch die Frage beantworten müssen, was denn Herr v. Loffow getan hat, als die Morgenfeier des Republikanischen Reichsbundes in München verboten, der Deutsche Tag in Bayreuth dagegen genehmigt wurde? Was hat Loffow getan, um das Verbot des proletarischen Selbstschutzes durch Kahr, die Kalkulation des Nürnberger Bürgermeisters und die Verhinderung des Abtransportes der Reichsbankgelder der Nürnberger Reichsbankfiliale zu verhindern? Ist Loffow dem Diktator von bayerischen Gnaden in diesem Falle nicht entgegengetreten, so ist an dem Wollen und an der Reichstreue dieses Reichswehrkommandeurs eben zu zweifeln. Oder aber Herr Gehlers Befehle sind in diesem Falle ausgeblieben, dann hat die Reichsregierung ihre republikanische Pflicht nicht getan. Das Loffow dagegen die Interessen des Reiches gegenüber Kahr vertreten, so bleibt nur der Schluss, daß er und Gehler gegenüber der bayerischen Reaktion unterlegen sind. Genosse Kuer wird uns zugeben müssen, daß an seiner Auffassung manches nicht stimmt, und wird verstehen, daß wir die Gefahr der trotz der Ausnahmeverordnung des Reiches noch immer bestehenden Diktatur Kahr höher einschätzen.

„Der Spud der bayerischen Frage“

Wie die sozialdemokratische Presse, so hat auch die gesamte demokratische gefordert, daß die Reichsverordnung gegenüber Bayern endlich bündig aufgehoben wird. Dagegen hat sich die demokratische Presse, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, zu der Frage ausgesprochen, wie weit dem bayerischen Standal endlich mit Hilfe der Ausnahmeverordnung ein Ende zu machen wäre und ob sich das Reich das Vorhandensein bewaffneter ungesetzlicher Banden, die mit allen Mitteln moderner Kriegstechnik ausgerüstet auf den Straßen Münchens und anderer bayerischer Orte umherziehen, weiter gefallen lassen könne. Da ist es denn notwendig, einmal eine Stimme aus bürgerlichem Lager zu zitieren, die mit erfreulicher Deutlichkeit wirkliche Konsequenzen aus der immer unhaltbarer werdenden Situation zieht. Wir zitieren hier die Leipziger Neuesten Nachrichten, die auf deutschnationalem Boden stehen und die schärfste Regierung in geradeaus gebäugter Weise bekämpft haben. Andre deutschnationale Blätter, die bisher die „bayerische Eigenart“ umhüllten, dürfen sich diese Meinung aus dem eigenen Lager hinter die Ohren schreiben. Die Leipziger Neuesten Nachrichten sagen in einem Artikel:

„Wahrscheinlich aber nötigt das Vorgehen Bayerns und die nachgerade recht seltsam anmutende Art, wie Herr v. Kahr sein Amt ausübt, zu einer grundsätzlichen andern Behandlung der bayerischen Frage. Bisher hat man im Reich mit Bittern und Jagen auf den Augenblick gemarrt, wo Bayern dem Reich die Gefolgschaft ausklügelte würde. Wie wahr's, wenn das Reich verfuhrweise den Spieß einmal umdrehte? Wenn das Reich in aller Öffentlichkeit Bayern darauf aufmerksam machte, daß fortgesetzte Hege gegen die Reichsregierung und fortgesetzte Nichtachtung der Reichsverfassung mit dem Verbleiben im Reichsverbande nicht gut vereinbar seien? Wenn das Reich das bayerische Volk dadurch veranlaßte, das einige Spielchen mit dem Feuer einmal für 24 Stunden ernst zu nehmen und sich darüber klar zu werden, welche Rolle ein vom Reich losgelöstes Bayern zu erwarten hätte, besonders wenn es sich auf eigene Faust „vom Versailles-Vertrage loslöste“? Möglich, daß der ganze Spud der „bayerischen Frage“ dann über Nacht verschwunden wäre. Jedenfalls aber muß man im Reich wohl oder übel auch einmal über die Frage ins reine kommen: ob ein Bundesstaat, der zu groß ist, um gewaltfam ins Reich hineingezwungen zu werden, der im Reich aber eine mit der Verfassung nicht zu vereinbare Sonderstellung beansprucht, eine Stärkung oder nicht vielmehr eine Schwächung der Reichsgewalt bedeutet? Und ob, wenn Bayern in allen Fragen der Reichseinheit, der Reichshoheit und der Reichsqualität seine Extramurri gebrauchen bekommen muß, eine schiedlich-friedliche Trennung dem Bürgerkrieg nicht vorzuziehen wäre?“

Es käme, wie gesagt, zunächst einmal darauf an, das Bayernvolk zum ernsthaften Durchdenken dieser Fragen zu bringen. Wir sind für die Erhaltung der Reichsgewalt um jeden Preis, nur um den einen nicht, der eine fortgesetzte Schwächung der Reichsgewalt mit sich bringt.

Kahr sammelt die Reaktion

München, 1. Oktober. (Sig. Drahtbericht.) Am die Mittagsstunde fand die erste Pressekonferenz in den Räumen des Generalstabes statt, zu der aber nur die sogenannten „nationalen bayerische Presse“ Einladungen erhalten hatte. Dazu gehörte auch der bürgerliche Beobachter, nicht aber das offizielle Organ des Kampfbundes, das Heimland, selbstverständlich auch nicht die Münchner Post und die Vertreter der auswärtigen Presse. In dieser Konferenz entwickelte Kahr noch einmal kurz